ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Laski, Kazimierz

Article

"Das Leben ist staerker als die Dogmen". Interview mit Professor Kazimierz Laski

Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics

Provided in Cooperation with:
Edward Elgar Publishing

Suggested Citation: Laski, Kazimierz (2007) : "Das Leben ist staerker als die Dogmen". Interview mit Professor Kazimierz Laski, Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics, ISSN 2195-3376, Metropolis-Verlag, Marburg, Vol. 04, Iss. 2, pp. 213-218, https://doi.org/10.4337/ejeep.2007.02.01

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/277102

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

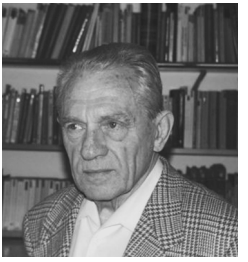
If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Forum



»Das Leben ist stärker als die Dogmen«
*Interview mit Professor Kazimierz Laski**

Wie sind Sie zu den Wirtschaftswissenschaften gekommen, und wer waren Ihre Lehrer?

Anfangs war ich, wie in den späten 1960er Jahren so üblich, dogmatischer Marxist. Wirklich zur Nationalökonomie kam ich, nachdem ich Kalecki begegnete. Dazwischen lag eine Entwicklung vom dogmatischen zum kritischen Marxisten und dann ganz weg davon. Kalecki sagte einmal zu mir: ›Marxismus macht den Kopf kaputt, wenn einer Marxist ist, kann er nicht mehr denken‹. Darauf sagte ich, dass ich auch einer gewesen sei, woraufhin er erwiderte, ich sei vielleicht eine Ausnahme. Das war kein Zufall, denn als er in den 1930er Jahren begonnen hatte zu schreiben, war er ein sicherlich überzeugter Linker; Arme, Benachteiligte, vor allem Arbeitslose, spielten immer eine große Rolle in seinen Arbeiten. Doch damals waren seine ärgsten Kritiker die Kommunisten; nicht die Rechten, die ohnehin die Feinde waren. Die Abneigung Kaleckis gegenüber den Marxisten stammte aus dieser Zeit. Er hatte auch nicht viel übrig für die auch meiner Meinung nach tatsächlich nicht brauchbare Arbeitswertlehre. Das dogmatische Denken der Marxisten schreckte Kalecki ab, da er meinte, wenn jemand wirklich in Dogmen denke, verliere er de facto die Fähigkeit zu denken und die Bereitschaft, seine Meinung zu revidieren. Der Grundsatz der Wissenschaften muss aber sein, dass man die Antwort nicht im Voraus kennt. Bei den Marxisten kennt man aber die Antwort im Voraus, dass nämlich der Kapitalismus zusammenbrechen wird. Dabei geraten leider die wichtigsten Erkenntnisse des Marxismus in den Hintergrund, die Marx wirklich großartig herausgearbeitet hat, z. B. die Zentralisation des Kapitals. Als er das vor etwa 150 Jahren schrieb, gab es diese heutige Entwicklung fast überhaupt nicht, aber er hat sie vorausgesagt. Oder die Reservearmee der Arbeit, was unterscheidet dieses Konzept von der natürlichen Arbeitslosigkeitsrate bzw. von der NAIRU?

Wie sehen Sie die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in den letzten Jahrzehnten?

Steindl hat einmal geschrieben, dass es in der Technik sehr selten vorkommt, dass etwas Wichtiges erfunden wird und wieder verloren geht. Wenn eine Kultur das Rad einmal hat, dann vergisst sie es nicht wieder. Bei der Nationalökonomie ist das nicht so. Ein Beispiel

* Kazimierz Laski wurde 1921 in Warschau geboren. Er war Assistent bei Michal Kalecki. Ab 1960 war er Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, ab 1971 Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Linz. Er ist Mitarbeiter und ehemaliger Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW).

© Intervention 4 (2), 2007, 213–218

ist der Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren. Trotz der Arbeiten von Kalecki und vor allem von Keynes herrscht heute wieder die Ansicht vor, dass die Ersparnisse die treibende Kraft für die Investitionen sind. Die gesamte Diskussion über die Rentenreform auf der ganzen Welt basiert darauf, dass die Leute mehr sparen sollen. Dagegen wird vernachlässigt, dass Sparen auch destruktiv sein kann – außer bei Vollbeschäftigung oder wenn Ressourcen von Konsumgütern zu Investitionsgütern umgelenkt werden müssen, was aber in den meisten Ländern nicht gegeben ist.

Die Ökonomie ist eine komische Wissenschaft. Kalecki hat einmal gesagt, dass in keiner Wissenschaft ein so geringer Unterschied zwischen ernster Arbeit und oberflächlichen Ideen gemacht werde. Nehmen Sie z. B. die Laffer-Kurve: Ohne Beweise vorzulegen, wird behauptet, dass die Steuereinnahmen steigen, wenn man die Steuersätze senkt. Wo? Wie? Es kann natürlich sein, dass so etwas einmal vorgekommen ist, man kann immer Beispiele finden. Das Beispiel muss aber typisch sein. In diesem Fall kann man jedoch nicht einmal ein untypisches Beispiel finden. Wenn die Steuersätze sinken und gleichzeitig ein Boom eintritt, werden natürlich die Steuereinnahmen steigen, aber nicht wegen der Senkung der Steuersätze.

Es zeigt sich auch, dass die wissenschaftliche Diskussion oft keinen Einfluss auf den Unterricht hat. Kalecki und ich haben in einem Artikel etwa einmal gezeigt, dass die sinkende aggregierte Nachfragekurve ein Widerspruch in sich ist. Doch das spielt heute fast keine Rolle, überall hat man die Preise auf der vertikalen Achse. Das zeigt nur, dass fundierte Diskussionen mit relevanten Ergebnissen nicht ernst genommen und in den Unterricht integriert werden. Oder nehmen Sie das twin deficit: blanker Unsinn! Das hat nur einen Sinn, wenn das private Sparen und die privaten Investitionen immer gleich sind, also der Saldo im privaten Sektor Null ist. Aber wo ist das der Fall? In den USA ist das seit 40 Jahren nicht der Fall, und dann kann es auch kein twin deficit geben.

Worin sehen Sie die Ursachen des hohen Wachstums in Mittel- und Osteuropa? Wie schätzen Sie die Folgen der EU-Erweiterung für diese Länder ein?

Man kann sich nicht nur die letzten Jahre ansehen, man muss die ganze Periode seit 1989/90 betrachten. In diesem Zeitraum lag die Wachstumsrate zumindest der fünf Länder, mit denen ich mich am meisten beschäftigt habe – Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Polen – über dem europäischen Durchschnitt. Aber Europa selbst entwickelt sich sehr langsam, das darf man nicht vergessen. Verglichen mit Indien und China entwickeln sich diese Länder nicht besonders schnell.

In den letzten Jahren ist die Entwicklung, ausgenommen in Ungarn, jedoch wirklich besonders gut. Das hängt damit zusammen, dass die Zinssätze ebenso wie die Inflationsraten inzwischen vergleichsweise niedrig sind. Es gab außerdem einen ersten Impuls der Mitgliedschaft in der EU, der auch in den 1990er Jahren bei der Südöffnung zu beobachten war. Damals war Portugal das Paradebeispiel, wenngleich es heute sehr zurückfällt. Die EU-Mitgliedschaft wirkt unter anderem positiv, weil die Spekulation gegenüber den Währungen, die früher sehr stark war, abgenommen hat. Außerdem gibt es noch immer einen großen Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen, aber das erreicht früher oder später

einen Sättigungspunkt, der beispielsweise in Ungarn schon erreicht worden ist. Die Zeit, in der die Direktinvestitionszuflüsse das Außenhandelsdefizit mit Überschüssen gedeckt haben, ist vorbei. De facto haben die meisten Länder hohe Devisenreserven, obwohl sie negative Außenhandelsbilanzen haben. Allerdings gibt es einen Aufwertungstrend, der sich à la longue auswirken wird.

Speziell bezüglich der Aufnahme in die Eurozone ist die Bereitschaft der einzelnen neuen Mitgliedsländer der EU unterschiedlich. Es gibt einige Länder, die es nicht schnell genug schaffen können. Andere Länder, z. B. Tschechien und Polen, sind vernünftig und haben keine große Lust, sehr schnell in den Klub zu kommen. Und ich glaube, sie haben Recht. Polen hat eine ausgezeichnete Situation in Bezug auf die Lohnstückkosten mit einer Wachstumsrate von fast Null, genau wie der Exportweltmeister Deutschland. Verglichen mit dem Durchschnitt sind die Lohnstückkosten in den letzten paar Jahren um 15 Prozent gesunken, während Portugal ein Wachstum von 15 Prozent gegenüber dem Durchschnitt hatte, es gibt also eine Diskrepanz von 30 Prozentpunkten. Polen ist hier näher an Deutschland als Österreich, welches nach Deutschland der Klassenzweite (innerhalb der EU-15, Anm. d. Red.) ist. Allerdings ist das in Polen schon jetzt nicht mehr zu halten: In letzter Zeit steigen die Löhne schon viel stärker und sie werden noch viel stärker steigen, denn es gibt schon jetzt einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Ich bin kein Prophet, aber ich rechne nicht, wie manche andere, mit einem Wirtschaftswachstum von jährlich vier oder fünf Prozent in den nächsten 20 Jahren. Auch die Lohnstückkosten werden zunehmen, denn die Arbeitskräfte werden mehr Lohn verlangen, und die sinkende Arbeitslosigkeit wird ihre Verteilungsposition verbessern. Wenn die Länder der EU-Osterweiterung in die Eurozone kommen, verlieren sie. Der zweite Punkt neben den Lohnstückkosten ist die Fiskalpolitik. Mit Ausnahme von Ungarn haben die neuen Mitgliedsländer Budgetdefizite von drei oder vier Prozent des BIP und niemand spricht offen über deren Senkung, oder man spricht darüber, aber tut nichts. Doch ich bin natürlich nicht derjenige, der für ein Nulldefizit auf die Barrikaden geht, denn der Preis dafür ist sehr hoch. Wenn man in den USA etwa 40 Jahre zurückblickt, dann sieht man, dass die Sparquote des privaten Sektors um etwa zwei Prozent höher liegt als die Investitionsquote. Diese zwei Prozentpunkte müssen irgendwo verwendet werden oder es gibt eine Deflation. Damals schloss das Budgetdefizit die Lücke zwischen privatem Sparen und privaten Investitionen. Das müssen nicht unbedingt genau zwei Prozent sein, aber ich glaube schon, dass es im Kapitalismus eine Neigung des privaten Sektors gibt, mehr zu sparen, als zu investieren. Wenn das so ist, muss es ein Defizit geben! Von Außenhandel spreche ich jetzt nicht, weil der Außenhandel insgesamt ein Nullsummenspiel sein muss. Das Defizit kommt also nicht daher, dass die Leute leichtsinnig sind, sondern weil es eine absolute Notwendigkeit ist. Deshalb wird es – selbst wenn alle das wollen – nicht funktionieren, über den Konjunkturzyklus ausgeglichene Haushalte zu haben. Das heißt, dass die Fiskalpolitik in den neuen Mitgliedsländern Gott sei Dank ziemlich locker ist, vor allem in den Ländern, die keine große Lust verspüren, in die Eurozone zu gelangen. Eine weniger restriktive Geld- und Fiskalpolitik und der große Markt spielen hier eine wichtige Rolle. Das sind für mich die Faktoren, die diese hohen Wachstumsraten erklären, aber ich glaube nicht, dass das auf die nächsten 20 Jahre projizierbar

ist, denn diese Länder sind noch immer nicht gut gerüstet für den Wettbewerb mit den sehr starken Wirtschaften in Europa, vor allem Deutschland. Trotzdem werden die Deutschen nicht müde zu sagen, dass sie nicht wettbewerbsfähig seien. Wenn sie fünf Prozent netto exportieren, wollen sie zehn, 20 oder 100 Prozent. Immer wird gesagt, dass die Deutschen so viel verdienen und zu wenig arbeiten, dass die Lohnnebenkosten zu hoch sind – obwohl sie den Weltrekord im Exportüberschuss halten. Als hätte das Eine mit dem Anderen überhaupt nichts zu tun. Vor allem muss man zum Handelsbilanzüberschuss noch die enormen Exportüberschüsse Westdeutschlands nach Ostdeutschland hinzuzählen – zusammen ergibt das einen enormen Überschuss.

In Ihrem mit Brus verfassten Buch »From Marx to the Market« (dt.: Von Marx zum Markt) beschäftigen Sie sich auch mit den marktsozialistischen Modellen Ungarns und Jugoslawiens. Auch diese Produktionsweisen sind mittlerweile Geschichte. Sind sie auch obsolet? Kann ein Marktsozialismus funktionieren und ist er erstrebenswert?

Ich glaube, dass eine zentral geplante Wirtschaft aus einem sehr einfachen Grund nicht funktionieren kann: In der Wirtschaft gibt es ein Problem namens Risiko, das ohne privates Eigentum nicht gelöst werden kann. Wie kann der beste, der ehrlichste Beamte das Risikoproblem lösen? Er agiert nach seinem besten Wissen und Gewissen, aber die Folgen tragen andere. Das ist ein Punkt, den wir in der Diskussion oft nicht ernst genommen haben. Auch die Erwartung Schumpeters, dass das Risikoproblem mit der Zeit durch große Firmen optimiert wird, lässt sich nicht erfüllen. Deshalb brauchen wir die Privatwirtschaft. Oskar Lange hat zwar die Diskussion über den Marktsozialismus de facto gewonnen. Aber das war keine auf die reale Wirtschaft bezogene Diskussion, das war eine unter den Bedingungen eines allgemeinen Gleichgewichts. Im allgemeinen Gleichgewicht funktioniert es, weil Informationen vorhanden sind und alles berechenbar ist. Im Grunde könnten das gut gefütterte Computer machen. Aber das Risikoproblem können auch die Computer nicht bewältigen, weil sich nicht alles berechnen lässt. Deshalb glaube ich, dass der Sieg von Lange ein Pyrrhussieg war. Hayek war näher an der Wirklichkeit. Anders gesagt, wenn es einen Auktionator gäbe, dann hätte Lange Recht. Aber es gibt keinen Auktionator, das ist eine Erfindung der Nationalökonomie. Die Wirtschaft funktioniert nicht so, der Gleichgewichtspreis kommt nie zu Stande.

Der Staat soll dort einspringen, wo der Markt versagt, z.B. im Gesundheitsbereich. Wir wissen, dass die Effizienz im US-amerikanischen Gesundheitswesen sehr niedrig ist: niedrige Lebenserwartung, hohe Sterblichkeit und ein sehr großer Anteil an Gesundheitsausgaben am Sozialprodukt. Warum soll das ein positives Beispiel sein, wenn andere Länder bessere Leistung und weniger Ausgaben haben, ganz zu schweigen von den sozialen Folgen. Ich habe nichts dagegen, dass es auch private Spitäler gibt. Dort, wo wir nicht wollen, dass das Profitmotiv regiert, soll der Staat einspringen. Aber die Bereiche, in denen man Profite machen kann, sollte man besser dem Privatsektor überlassen.

Die soziale Marktwirtschaft, wenn sie ernst genommen wird, ist der zentral geplanten Wirtschaft vorzuziehen. Der Weg führt über die Privatwirtschaft und über die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen, die ein gutes Steuersystem mit einschließen. Es stimmt

nicht, dass ein progressives Steuersystem alles erdrückt. Die Leute, die sich beklagen, dass sie zu viel Steuern zahlen, sind nicht zu bedauern, sondern diejenigen, die niedrige Steuern zahlen, weil diese Leute weniger verdienen. Ich habe noch nie gesehen, dass Leute, die kein Geld verdienen, Steuern gezahlt hätten. Aber es gibt sehr viele Leute, die keine Steuern zahlen, obwohl sie viel verdienen. Aus dieser Sicht ist es mir unverständlich, dass die Erbschaftssteuer in Österreich abgeschafft wird. Denn was für ein Verdienst ist es, in eine reiche Familie geboren zu sein?

Es hängt natürlich auch von der Lage ab, was an sozialer Marktwirtschaft durchsetzbar ist. Vielleicht war die Drohung durch die sozialistischen Länder während des Kalten Kriegs sehr wichtig, um den Kapitalismus in Schranken zu halten. Damals hätte es sich der Kapitalismus nicht leisten können zu sagen, es gibt eine NAIRU, zehn Prozent müssen arbeitslos sein. Denn es gab eine Alternative, man konnte auf die Vollbeschäftigung in den Zentralverwaltungswirtschaften hinweisen. Aber jetzt wird gesagt, dass es keine Alternative gibt. Deshalb weiß ich nicht, ob die soziale Marktwirtschaft zu Stande kommen kann, wenn es keine Drohung von außen mehr gibt.

Kalecki war damals gegenüber der zentral geplanten Wirtschaft viel weniger kritisch als wir, die Jungen. Heute bin ich älter als Kalecki damals, und jetzt verstehe ich ihn, weil er das, was danach kam, richtig vorhergesehen hat. Wir dachten, es würde ein Sozialismus mit menschlichem Gesicht. Doch für ihn war die Arbeitslosigkeit eine so große Bedrohung, dass er bereit war, dafür viel zu schlucken. Aus dieser Sicht hat er Recht gehabt.

Wir haben uns in der Demokratie mit der Arbeitslosigkeit abgefunden. Aber ich kann nicht akzeptieren, dass sie eine Naturkraft wie z. B. ein Tsunami ist, denn wir können sie beeinflussen. Auch jetzt haben wir Länder, wo das halbwegs geht: Schweden, Finnland, Dänemark. Sogar Großbritannien, das außerhalb der Eurozone ist, schneidet nicht so schlecht ab und die Lohnquote ist fast stabil. Die Deutschen senken die Lohnquote, während die Briten nicht daran denken und ein höheres Wachstum haben. Natürlich muss man bei jedem Land mehrere Faktoren berücksichtigen. Aber es fehlt die Bereitschaft anzuerkennen, dass die Arbeitslosigkeit beeinflusst werden kann – im Gegenteil, es gibt Versuche, diese krankhafte Entwicklung als normal zu bezeichnen, nach dem Motto: ›Vergesst die Vollbeschäftigung, vergesst dauerhafte Beschäftigung‹. Man kann da einiges machen, obwohl es in einer Welt der offenen Grenzen natürlich schwierig ist. Entweder wir gehen in Richtung einer Vertiefung staatlicher Interventionen, zumindest mit einer gemeinsamen Fiskalpolitik – auf Dauer kann es nicht funktionieren, dass man eine gemeinsame Geldpolitik, aber keine gemeinsame Fiskalpolitik hat – oder der Euro wird zusammenbrechen. Aber diese Bereitschaft besteht wahrscheinlich nicht, nicht in Großbritannien und noch weniger in Polen.

Es genügt, die Welt etwas besser zu machen. Heute stehen viele junge Leute am Anfang ihrer Karriere und finden keine Arbeit. Die Gesellschaft sagt ihnen damit, dass sie sie eigentlich nicht braucht. Das ist eine Katastrophe. Einer der Gründe ist der blinde Glaube an den Markt. Als Lösung wird immer die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte vorgeschlagen, die Leute sollen den Lohn akzeptieren, den der Markt bestimmt. Die Zeit der Vollbeschäftigung sei vorbei. Aber warum soll sie vorbei sein? Warum können wir nicht die

Sparneigung und die Investitionsneigung – denn das ist der springende Punkt – einander anpassen? Wenn die Sparneigung der Investitionsneigung entspricht, dann gibt es keine Arbeitslosigkeit, außer der gewollten. Wenn es nicht anders geht, in extremis, machen wir eben Schulden – das machen wir sowieso. Es gibt progressive und konservative Finanzminister, alle machen Budgetdefizite. Warum? Weil das Leben stärker ist als die Dogmen. Wenn ein starker Finanzminister ein Nulldefizit haben will, dann kann er das durchsetzen, aber nur zum Preis von Arbeitslosigkeit. Umgekehrt verschwinden bei großem Wachstum die Defizite wie von selbst; die Amerikaner machten sich unter Clinton schon Gedanken darüber, wie man mit den Überschüssen in den nächsten 20 Jahren alle Schulden begleichen würde. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie kurzfristige Entwicklungen unzulässiger Weise auf langfristige Trends projiziert werden.

Wahrscheinlich ist es so, dass die kleinen Änderungen langfristig wirksamer sind als die großen. Wir brauchen in Europa keine große Revolution, aber kleine Änderungen, die die Lage verbessern. Diese kleinen Änderungen führen am Ende zu großen Änderungen. Das ist das, was ich in meinem Leben gelernt habe.

Das Interview führten Bernd Berghuber und Margit Schratzenstaller im Juni 2007.

Ausgewählte Publikationen von Kazimierz Laski

Michal Kalecki: Krise und Prosperität im Kapitalismus (Hg.), Marburg 1987 • Von Marx zum Markt (mit Wlodzimierz Brus), Marburg 1991 • Alternative Fiscal Policies during Transition (mit Hubert Gabrisch), in: John L. Campbell/Stanislaw Owsiak (Hg.), Fiscal Reforms in Post-Communist Countries, Krakau 1994 • Is the Increase in Private Savings Rate Helping Economic Growth?, in: Ekonomista 2006

Die europäischen Mitgliedstaaten und ihre Souveränität in Steuerfragen

The European Member States and Tax Sovereignty

*Susanne Uhl**

Geht es um ihre Steuersouveränität, lassen die Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union keinen Zweifel an ihrer Einstellung: eine Abtretung derselben an die europäische Ebene käme keinesfalls in Betracht. Zu zentral seien die autonomen Gestaltungsmöglichkeiten für ihre jeweilige nationale Politik. Der Beitrag zeigt, dass die Zuständigen

* Hochschule Bremen.

© Intervention 4 (2), 2007, 218–229